Gemeinde Rastede
Der Bürgermeister

Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen

N i e d e r s c h r i f t

Gremium:	**Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen - öffentlich**
Sitzungstermin:	**Montag, 24.11.2025**
Raum:	**Ratssaal des Rathauses, Sophienstr. 27, 26180 Rastede**
Sitzungsbeginn:	**17:00 Uhr**
Sitzungsende:	**19:58 Uhr**

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

T E I L N E H M E R V E R Z E I C H N I S

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Tim Kammer	CDU	

ordentliche Mitglieder

Frau Susanne Lamers	CDU	
Herr Hendrik Lehners	CDU	bis 18:53 Uhr
Herr Thorsten Menke	CDU	ab 18:53 Uhr
Herr Dierk von Essen	CDU	
Herr Dennis Eike	SPD	
Herr Wilhelm Janßen	SPD	
Herr stv. BM Horst Segebade	SPD	
Herr Tobias zum Buttel	SPD	
Herr Jan Hoffmann	B90/Grüne	
Frau Evelyn Fisbeck	FDP	
Herr Dirk Bakenhus	UWG	

Ehrenratsmitglieder

Herr Hans-Gerold Finkeisen	CDU	
Herr Gerd Langhorst	B90/Grüne	

Verwaltung

Herr Bürgermeister Lars Krause		
Herr Dr. Stephan Meyn		
Herr Stefan Unnewehr		
Herr Franz Lucassen		
Herr Nico Rädicker		
Herr Sönke Würdemann		
Herr Niels Janßen		
Herr Ralf Kobbe		Protokoll

Gäste

Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung

Frau Britta Lübbers von der Rasteder Rundschau

Herr Dipl.-Ing. Jens Krannich vom Büro GrünPlan

Frau Janina Lasar vom Büro Diekmann, Mosebach & Partner

Herr Jens Brünink	UWG
Herr Christian Meyer-Hullmann	FDP

sowie 45 weitere Zuhörer

V E R Z E I C H N I S D E R T A G E S O R D N U N G S P U N K T E

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.10.2025

4 Einwohnerfragestunde

5 Bundeszuschuss für investive Kulturmaßnahmen - Umsetzung Turnierplatz
Vorlage: 2025/208

6 Bundeszuschuss für investive Kulturmaßnahmen - Umsetzung Turnierplatz - Antrag der FDP-Fraktion
Vorlage: 2025/210

7 Zukünftige Nutzung Naturbad und Campingplatz Hahn
Vorlage: 2025/197

8 Verkauf Naturbad bzw. Campingplatz Hahn – Antrag der FDP-Fraktion
Vorlage: 2025/198

9 Kreisverkehrsplatz Oldenburger Straße / Raiffeisenstraße - Gestaltung der Nebenanlagen
Vorlage: 2025/211

10 85. Änderung des Flächennutzungsplans - Erweiterung Solarpark Kleibrok
Vorlage: 2025/209

11 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 22 - Erweiterung Solarpark Kleibrok
Vorlage: 2025/207

12 Anfragen und Hinweise

13 Einwohnerfragestunde

14 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Kammer eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung und Bauen um 17:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Kammer stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 11 stimmberechtigte Mitglieder.

Herr Kammer regt an, die Tagesordnungspunkte 5 „Bundeszuschuss für investive Kulturmaßnahmen - Umsetzung Turnierplatz und 6 „Bundeszuschuss für investive Kulturmaßnahmen - Umsetzung Turnierplatz - Antrag der FDP-Fraktion“, 7 „Zukünftige Nutzung Naturbad und Campingplatz Hahn“ und 8 „Verkauf Naturbad bzw. Campingplatz Hahn – Antrag der FDP-Fraktion“ sowie 10 „85. Änderung des Flächennutzungsplans - Erweiterung Solarpark Kleibrok“ und 11 „Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 22 - Erweiterung Solarpark Kleibrok“ aufgrund des jeweiligen thematischen Zusammenhangs gemeinsam zu beraten und anschließend separat darüber abzustimmen.

Seitens der Ausschussmitglieder wird dieses Vorgehen einvernehmlich befürwortet.

Der Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.10.2025

Der Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung und Bauen vom 27.10.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Herr Kammer weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgen einige Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern, die vom Bürgermeister beziehungsweise Mitarbeitenden der Verwaltung beantwortet werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Mängel in der Umsetzung des Solarparks am Strothweg (u. a. Eingrünung)
- Standortkonzept Photovoltaik-Freiflächenanlagen
- Sanierung Kolonatsweg
- Zwischenstand bei der Erreichung der bilanziellen Klimaneutralität

Tagesordnungspunkt 5

Bundeszuschuss für investive Kulturmaßnahmen - Umsetzung Turnierplatz
Vorlage: 2025/208

Sitzungsverlauf:

Herr Unnewehr erinnert eingangs noch einmal daran, dass die ursprünglich 2020 angedienten Fördermittel in Höhe von 260.000 Euro auf Grundlage der denkmalpflegerischen Zielplanung “Schlosspark 2020“ in Aussicht gestellt wurden, jedoch aufgrund der Eigentumsverhältnisse eine nachhaltige und langfristige Nutzung der geförderten Maßnahmen durch die Gemeinde derzeit nicht sichergestellt werden kann. Vor diesem Hintergrund hat das Büro von Hoeren und Hanken aus Bad Salzdetfurth eine Maßnahmenempfehlung zur Wiederherstellung des Turnierplatzareals im Schlosspark Rastede zum Projekt „Schlosspark Rastede 2020“ erarbeitet, die im Januar 2025 von den politischen Gremien beschlossen wurde, auf deren Basis jetzt ein prüffähiger Antrag mit einer konkreten Kostenermittlung erarbeitet und bis Ende Dezember beim Fördergeldgeber vorgelegt werden muss.

Herr Krannich vom Büro GrünPlan stellt anhand einer Präsentation (Anlage 1 der Niederschrift) die vorgesehenen Maßnahmen zur Aufwertung des Areals vor, die unter anderem die Sanierung der Tribünenanlage, die Umgestaltung der Parkplatzfläche und die Überarbeitung der Turnierplatzumrandung beinhalten. Mit diesen Maßnahmen soll einerseits erreicht werden, dass die dringend sanierungsbedürftige Tribüne dauerhaft für die Großveranstaltungen nutzbar bleibt und sich andererseits das Areal optisch stärker dem historischen Schlosspark angleicht.

Im weiteren Verlauf werden von Frau Fisbeck sowie den Herren Hoffmann und Dierk von Essen einige Verständnisfragen gestellt und von Herrn Krannich beziehungsweise der Verwaltung beantwortet.

Herr Hoffmann erkundigt sich, wie es zu der falschen Annahme bezüglich der Planungskosten kommen konnte, die die Verwaltung am 25.02.2025 mit 3.700 Euro plus zusätzlich ca. 15.000 Euro angegeben hatte, während nunmehr 63.000 Euro für die Phasen 1 bis 4 beauftragt und verausgabt wurden.

Hinweis: Da das Vorgutachten vom Büro von Hoeren nur mit ca. 3.700 Euro abgerechnet wurde, ist seitens der Verwaltung der Betrag von 15.000 Euro für die weiteren Planungskosten in der Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung und Bauen grob geschätzt (sh. Niederschrift vom 25.02.2025) worden. Das letztendlich abgegebene Angebot auf Basis der geschätzten Kosten für die Gesamtmaßnahme wurde seitens der Verwaltung nachberechnet und als angemessenen bewertet. Eine Information über die Vergabe erfolgte mit entsprechenden Erläuterungen im Verwaltungsausschuss am 26.08.2025, sodass die Ratsgremien hierüber informiert waren.

Frau Fisbeck lehnt den vorgeschlagenen Maßnahmenkatalog ab und legt dar, dass ohne den Richterturm und die Zaunumrandung der Turnierplatz kein Turnierplatz

mehr ist, sodass dann das Gelände nicht mehr als eine Wiese im Schlosspark darstellt. Sie betont, dass sich die FDP-Fraktion ausdrücklich für den Erhalt des Turnierplatzes in seiner jetzigen Form mit Richterturm und weißer Umrandung ausspricht.

Herr Unnewehr erläutert hinsichtlich der Ausführungen von Frau Fisbeck, dass genau das der Sinn der beantragten Kulturmaßnahme ist, da die Fläche im denkmalgeschützten, historischen Schlosspark nicht als Turnierplatz wahrgenommen werden soll, obwohl sie so genutzt werden kann.

Frau Lamers gibt vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage zu verstehen, dass absolute Haushaltsdisziplin erforderlich ist, um die schwierige Situation meistern zu können. Vor diesem Hintergrund wird die CDU-Fraktion das Vorhaben nicht mittragen, zumal es augenscheinlich vor allem darum geht, den Zuschuss zu bekommen. Sie spricht sich dafür aus, den historischen Charme des Turnierplatzes zu erhalten und notwendige Reparaturen an der Tribüne bei Bedarf selbst zu finanzieren.

Herr Hoffmann bemerkt, dass seine Fraktion den Beschluss bereits zweimal abgelehnt hat und das blinde Hinterherlaufen hinter Fördermitteln politisch nicht zu vertreten ist, wenn drastische Steuererhöhungen drohen und Pflichtaufgaben wie beispielsweise an den Schulen teilweise auf der Strecke bleiben.

Herr Segebade signalisiert grundsätzliche Zustimmung zum Beschlussvorschlag und führt aus, dass der Schlosspark mitsamt dem Turnierplatz als „gute Stube“ Rastedes gilt und zu den zehn wichtigsten kulturhistorischen Parkanlagen in Deutschland zählt, sodass die Gemeinde aus seiner Sicht verpflichtet ist, den Wert beziehungsweise das Areal zu erhalten. Er plädiert dafür, die Möglichkeit zu nutzen, durch Fördergelder die Anlage zu sanieren und aufzuwerten.

Bürgermeister Krause ergänzt, dass der Turnierplatz ein wichtiges Aushängeschild für die Gemeinde Rastede darstellt und die Renovierung der Tribünenanlage dringend erforderlich ist, um die Nutzung während der Großveranstaltungen sicherstellen zu können. Er betont, dass jetzt letztmalig die Chance besteht, Fördergelder in Höhe von 260.000 Euro zu erhalten.

Herr Janßen zeigt sich überrascht von der ablehnenden Haltung einiger Fraktionen, da für die Sanierung der Tribünenanlage allemal ein sechsstelliger Betrag fällig wird und die bereits erfolgten Planungsleisten ebenfalls bezahlt werden müssen. Vor diesem Hintergrund bewertet er den Unterschied zum anfallenden Eigenanteil von 260.000 Euro als eher gering, zumal noch weitere Maßnahmen zur Aufwertung des Areals mit dem Fördergeld realisiert werden können.

Beschlussempfehlung:

Die Umsetzung der Variante 3 zur Wiederherstellung des Schlossparkareals im Bereich des Turnierplatzes wird beschlossen.

Die erforderlichen Haushaltsmittel werden für den Haushalt 2026 eingeplant.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	7
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 6

Bundeszuschuss für investive Kulturmaßnahmen - Umsetzung Turnierplatz - Antrag der FDP-Fraktion
Vorlage: 2025/210

Sitzungsverlauf:

Es wird auf die Beratung unter Tagesordnungspunkt 5 verwiesen.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschlussempfehlung:

Der Antrag der FDP-Fraktion Rastede vom 16.10.2025 auf Streichung der Maßnahme „Aufwertung des Areals – Kulturmaßnahmen (Turnierplatz)“ wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	7
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 7

Zukünftige Nutzung Naturbad und Campingplatz Hahn
Vorlage: 2025/197

Sitzungsverlauf:

Herr Unnewehr stellt anhand einer Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt ist, die wesentlichen Inhalte der Vorlage vor, wobei er hinsichtlich des weiteren Vorgehens insbesondere auf die drei grundsätzlich möglichen Varianten eingeht. Seitens der Verwaltung wird in diesem Zusammenhang vorgeschlagen, die Variante C (reine Wohnbebauung) auszuschließen, um sich auf die Varianten A (Fortführung der bisherigen Nutzung mit Camping und gegebenenfalls Naturbad) und B (Mischnutzung aus Camping und Tiny Houses) zu konzentrieren.

Herr Hoffmann erkundigt sich, welche Forderungen im Rahmen des Insolvenzverfahrens angemeldet wurden und welche Unterhaltungs- beziehungsweise Investitionsmaßnahmen seitens der Gemeinde Rastede in den letzten Jahren durchgeführt wurden.

Herr Unnewehr weist darauf hin, dass aus der Insolvenzmasse definitiv nichts zu holen war. Dessen ungeachtet sah der frühere Pachtvertrag eine geringe Pacht bei gleichzeitiger Unterhaltungspflicht des Pächters vor. Größere Investitionen wurden seitens der Gemeinde Rastede in den zurückliegenden Jahren nicht getätigt.

Herr Segebade hinterfragt, ob es nicht sinnvoll wäre, zunächst eine öffentliche Informationsveranstaltung in Hahn-Lehmden vorzuschalten, bevor politische Beschlüsse gefasst werden.

Herr Unnewehr bemerkt, dass der Weg eher umgekehrt sein sollte, sodass aus seiner Sicht zunächst politische Vorentscheidung über die möglichen Varianten zu treffen wären, bevor im Anschluss eine Bürgerinformation beziehungsweise eine Bürgerbeteiligung initiiert werden könnte.

Herr Dierk von Essen betont, dass aus Sicht der CDU-Fraktion die emotionale Bedeutung des Areals für die Bürgerinnen und Bürger im Rasteder Norden dazu führt, dass neben dem Campingplatz nach Möglichkeit auch das Naturbad als ein Stück Heimat erhalten werden sollte. Um ein transparentes öffentliches Interessenbekundungsverfahren zu initiieren, stellt er nachfolgenden Änderungsantrag:

1. *Das Naturbad soll als Bestandteil des Areals erhalten bleiben. Das Areal ist weiterhin touristisch und freizeitorientiert zu nutzen, wobei ergänzende Nutzungsvarianten grundsätzlich ermöglicht werden sollen.*
2. *Die Verwaltung wird beauftragt, ein öffentliches Verfahren zur Gewinnung von Investoren durchzuführen, in dem verschiedene Nutzungskonzepte zugelassen und anhand eines transparenten Punktesystems bewertet werden.*
3. *In den Gesprächen mit Interessenten sind ein Verkauf des Areals und Erbbaurecht gegenüber einer Verpachtung vorzuziehen.*

4. *Die Ergebnisse sind den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.*

Herr Segebade beantragt eine kurze Sitzungsunterbrechung, um den Änderungsantrag fraktionsübergreifend besprechen zu können.

Seitens der Ausschussmitglieder wird dieser Antrag einvernehmlich mitgetragen.

Herr Hoffmann erklärt nach der Sitzungsunterbrechung unter anderem, dass sich seine Fraktion gewünscht hätte, dass zunächst eine Idee hinsichtlich der zukünftigen Nutzung des Areals entwickelt worden wäre, bevor eine zusätzliche Fläche erworben wurde. Davon unberührt unterstützt er vom Grundsatz her den Antrag der CDU-Fraktion, der ein sauberes Verfahren und eine Veräußerung des Geländes ermöglicht, womit die Ausgabe weiterer Steuergelder verhindert werden kann.

Bürgermeister Krause weist darauf hin, dass der vorgenommene Kauf des angrenzenden Grundstücks zu günstigen Konditionen möglich war, wodurch die bislang nur gepachtete Zufahrt zum Gelände gesichert werden konnte.

Herr Lehners stellt anschließend auf Grundlage der in der Sitzungsunterbrechung erfolgten fraktionsübergreifenden Unterredung nachfolgenden modifizierten Änderungsantrag:

1. *Das Naturbad soll als Bestandteil des Areals erhalten bleiben. Das Areal ist weiterhin touristisch und freizeitorientiert zu nutzen, wobei ergänzende Nutzungsvarianten grundsätzlich ermöglicht werden sollen.*
2. *Die Verwaltung wird beauftragt, einen öffentlichen Aufruf an Interessenten zur Gewinnung von Investoren durchzuführen, in dem verschiedene Nutzungskonzepte zugelassen werden.*
3. *In den Gesprächen mit Interessenten sind ein Verkauf des Areals und Erbbaurecht gegenüber einer Verpachtung vorzuziehen.*
4. *Die Ergebnisse sind den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.*

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende über den weiterführenden Antrag von Herrn Lehners abstimmen.

Beschlussempfehlung:

1. Das Naturbad soll als Bestandteil des Areals erhalten bleiben. Das Areal ist weiterhin touristisch und freizeitorientiert zu nutzen, wobei ergänzende Nutzungsvarianten grundsätzlich ermöglicht werden sollen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen öffentlichen Aufruf an Interessenten zur Gewinnung von Investoren durchzuführen, in dem verschiedene Nutzungskonzepte zugelassen werden.

3. In den Gesprächen mit Interessenten sind ein Verkauf des Areals und Erbbaurecht gegenüber einer Verpachtung vorzuziehen.

4. Die Ergebnisse sind den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 8

Verkauf Naturbad bzw. Campingplatz Hahn – Antrag der FDP-Fraktion
Vorlage: 2025/198

Sitzungsverlauf:

Es wird auf die Beratung unter Tagesordnungspunkt 7 verwiesen.

Frau Fisbeck zieht den Antrag der FDP-Fraktion aufgrund der unter TOP 7 gefassten Beschlussempfehlung zurück.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Tagesordnungspunkt 9

Kreisverkehrsplatz Oldenburger Straße / Raiffeisenstraße - Gestaltung der Nebenanlagen
Vorlage: 2025/211

Sitzungsverlauf:

Herr Lucassen stellt anhand einer Präsentation (Anlage 3 zur Niederschrift) die wesentlichen Inhalte der Planung sowie die in der Beschlussvorlage von der Verwaltung skizzierten Gestaltungsvorschläge der Nebenflächen (Parkplätze, Geh- und Radwege) vor. Um dem bisherigen „Rasteder Standard“ zu entsprechen, wird vorgeschlagen, ein rot-schwarzes Pflaster für kombinierte Geh- und Radwege, ein anthrazitfarbenes Pflaster für die Radfahrerfurt und Rasengittersteine (wasserdurchlässig) für die Parkplätze vorzusehen.

Auf Nachfrage von Herrn Hoffmann erklärt Herr Lucassen, dass die Mehrkosten für die vorgeschlagene Gestaltungsvariante gegenüber der Standardausführung auf ca. 17.000 Euro geschätzt werden.

Frau Lamers kritisiert den zeitlichen Entscheidungsdruck und plädiert dafür, aufgrund der angespannten Haushaltslage die Standardlösung umzusetzen, da die genauen Kosten für die Umgestaltung derzeit noch unbekannt sind und Mehrkosten in Höhe von 17.000 Euro derzeit nicht tragbar sind.

Herr Hoffmann weist darauf hin, dass der neue Kreisverkehrsplatz mitten im Ort liegt und die Gestaltung ortsbildprägend sein wird, sodass er das seitens der Verwaltung vorgeschlagene Festhalten am vorherrschenden Gestaltungsstandard mitträgt, zumal die voraussichtlichen Mehrkosten in Höhe von 17.000 Euro im Verhältnis zu anderen Ausgaben eher gering sind.

Herr Segebade unterstützt ebenfalls den Verwaltungsvorschlag und schlägt hinsichtlich der weiteren Planungen vor, für die Begrünung der Mittelinsel das Know-how der örtlichen Gartenbaubetriebe zu nutzen und mögliche Patenschaften zu prüfen.

Bürgermeister Krause bemerkt, dass auch die Verwaltung bestrebt ist, eine möglichst kostengünstige Lösung zu erarbeiten, jedoch ein optischer Abfall zu den umliegenden Flächen beziehungsweise Straßen vermieden werden sollte.

Herr Lucassen schlägt als Kompromiss vor, eine Obergrenze von 17.000 Euro für die Mehrkosten in den Beschluss mit aufzunehmen.

Frau Lamers gibt zu verstehen, dass auch die CDU-Fraktion eine vernünftige Gestaltung des Kreisverkehrsplatzes wünscht, jedoch es äußerst schwierig ist, ohne konkrete Zahlen und unter Zeitdruck eine Entscheidung zu treffen.

Herr Lucassen weist darauf hin, dass die Gemeinde nicht Bauherr oder Planer des neuen Kreisverkehrsplatzes ist und ebenfalls unter erheblichen Zeitdruck gestellt

wird. Im Übrigen liegt auch der Verwaltung bis heute keine aussagekräftige beziehungsweise detaillierte Zahl über die entstehenden Gesamtkosten vor.

Nach weiterer Diskussion herrscht fraktionsübergreifend Einvernehmen darüber, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung unter der Bedingung zu folgen, dass eine Obergrenze von ca. 17.000 Euro für die entstehenden Mehrkosten festgesetzt wird.

Herr Kammer bittet darum, dass sobald verlässliche Zahlen vorliegen, eine finale Abstimmung über die Gestaltung des Kreisverkehrsplatzes im Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Bauen vorzunehmen.

Herr Lucassen führt aus, dass eine weitere Beratung über die Begrünung und Bepflanzung im ersten Halbjahr 2026 noch erforderlich sein wird.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Herr Kammer über den weitergehenden Beschlussvorschlag mit der Obergrenze von ca. 17.000 Euro abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Gestaltung der Nebenflächen des Kreisverkehrsplatzes Oldenburger Straße / Raiffeisenstraße gemäß der Anlage 1 bis zu einer Höchstgrenze von ca. 17.000 Euro über der Standardvariante mit dem Landkreis Ammerland abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 10

85. Änderung des Flächennutzungsplans - Erweiterung Solarpark Kleibrok
Vorlage: 2025/209

Sitzungsverlauf:

Frau Lasar vom Planungsbüro Diekmann, Mosebach & Partner stell anhand einer Power-Point-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt ist, die Vorentwürfe der 85. Änderung des Flächennutzungsplans sowie des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 22 - Erweiterung Solarpark Kleibrok vor, wobei sie insbesondere darauf hinweist, dass es sich bei der vorgesehenen Planung um einen Lückenschluss zum bestehenden Solarpark am Strothweg handelt und zur besseren Sicherung der Steuerungswirkung ein vorhabenbezogener Bebauungsplan erstellt werden soll.

Frau Lamers signalisiert für die CDU-Fraktion Zustimmung zum Beschlussvorschlag, um den vorgesehenen „logischen Lückenschluss“ im Plangebiet vollziehen zu können. Sie weist in diesem Zusammenhang aber auch darauf hin, dass die Fraktion den endgültigen Satzungsbeschluss nur mitträgt, wenn der Investor schriftlich nachweist, dass alle noch ausstehenden Auflagen des bereits vorhandenen Solarparks erfüllt wurden.

Herr Hoffmann gibt zu verstehen, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sich bei diesem Projekt enthalten wird, da ein sachlicher Zusammenhang zur mangelhaften Umsetzung des Bebauungsplans für den ersten Solarpark besteht. Er fordert eine klare Einhaltung aller Auflagen, um die Glaubwürdigkeit wiederherzustellen, sodass die Enthaltung als ein deutliches Zeichen an den Investor zu werten ist, dass Regeln einzuhalten sind.

Herr Bakenhus kündigt ebenfalls Zustimmung für das Vorhaben an, wobei er insbesondere den geplanten Batteriespeicher als wichtiges Element zur Stabilisierung alternativer Energien begrüßt.

Herr Segebade legt dar, dass die SPD-Fraktion ebenfalls zustimmen wird, jedoch die bundesweite Privilegierung von Batteriespeichern (über 1 MW) im Außenbereich als massiven Eingriff in die kommunalen Planungsrechte kritisiert.

Beschlussempfehlung:

1. Die Aufstellung der 85. Flächennutzungsplanänderung wird beschlossen.

2. Dem Vorentwurf zur 85. Änderung des Flächennutzungsplanes – Erweiterung Solarpark Kleibrok einschließlich Begründung und Umweltbericht wird zugestimmt.

3. Auf dieser Grundlage wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Form einer einmonatigen Auslegung sowie die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB

durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	1
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 11

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 22 - Erweiterung Solarpark Kleibrok
Vorlage: 2025/207

Sitzungsverlauf:

Es wird auf die Beratung unter Tagesordnungspunkt 10 verwiesen.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschlussempfehlung:

1. Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 22 „Erweiterung Solarpark Kleibrok“ wird beschlossen.

2. Dem Vorentwurf zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 22 „Erweiterung Solarpark Kleibrok“ einschließlich Begründung und Umweltbericht wird zugestimmt.

3. Auf dieser Grundlage wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Form einer einmonatigen Auslegung sowie die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	1
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 12

Anfragen und Hinweise

Sanierung Kleibroker Straße
Herr Dierk von Essen bittet die Verwaltung, den Landkreis Ammerland auf die durch die Sperrung der B 211 aufgetretenen Schäden im Verlauf der Kleibroker Straße hinzuweisen und zeitnah erforderliche Sanierungsmaßnahmen anzuregen.

Fortschreibung des Flächennutzungsplans
Herr Hoffmann erkundigt sich, warum die angekündigte weitere Beratung über die Fortschreibung des Flächennutzungsplans nicht wie vorgesehen noch in diesem Jahr erfolgt.

Der Ausschussvorsitzende Herr Kammer bemerkt, dass seitens der Verwaltung eine Beratung in der heutigen Sitzung vorgesehen war, jedoch auf seinem Wunsch unter Hinweis auf die äußerst umfangreiche Tagesordnung die Thematik auf Januar 2026 verschoben wurde.

Niederschrift – Abstimmungsverhalten der Ratsmitglieder
Herr Hoffmann regt an, bei nicht einstimmigen Abstimmungsergebnissen, die Namen der Ratsmitglieder in der Niederschrift zu nennen, die gegen den jeweiligen Beschluss votieren.

Bürgermeister Krause bemerkt, dass aus der Niederschrift in der Regel klar zu erkennen ist, welches Ratsmitglied sich für oder gegen den Beschluss ausspricht, sodass eine namentliche Nennung hinsichtlich des Abstimmungsverhaltens aus seiner Sicht nicht notwendig ist.

Herr Segebade ergänzt, dass ein Ergebnisprotokoll mit den wesentlichen Inhalten erstellt werden soll, sodass eine namentliche Protokollierung in Bezug auf die Abstimmung nicht erforderlich ist.

Hinweis: In § 13 Absatz 4 der Geschäftsordnung ist hinsichtlich Namensnennung bei Abstimmungen geregelt, dass Abstimmungen grundsätzlich offen durch Handaufheben erfolgen. Auf Verlangen von mindestens einem Drittel der anwesenden Ratsmitglieder ist offen unter Namensnennung oder geheim auf Stimmzetteln abzustimmen. Ein Antrag auf geheime Abstimmung ist vorrangig vor einem Antrag auf namentliche Abstimmung zu behandeln.

Tagesordnungspunkt 13

Einwohnerfragestunde

Herr Kammer weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgen einige Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern, die vom Bürgermeister beziehungsweise Mitarbeitenden der Verwaltung beantwortet werden. Folgende Anliegen werden inhaltlich thematisiert:

- Blendwirkung bei Freiflächenphotovoltaikanlagen - Festlegung Grenzwerten
- Blendwirkung bei Freiflächenphotovoltaikanlagen – Kontrolle Grenzwerte
- Brandschutz bei Freiflächenphotovoltaikanlagen
- Weitere Freiflächenphotovoltaikanlagen in der Gemeinde Rastede
- Freiflächenphotovoltaikanlage am Grünen Weg - Entscheidung über Aufstellung eines Bebauungsplans

Tagesordnungspunkt 14

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Kammer schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gemeindeentwicklung und Bauen um 19:58 Uhr.